



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 04.10.2024 bis 11.10.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: Jedes Jahr werden 13 Millionen Afrikaner Christen	3
China und Nordkorea kooperieren bei brutaler Christenverfolgung	4
Deutschland: Bayerische Baptisten fordern Abschiebestopp für christliche Iraner	6
Deutschland: CSI-Wir sehen nicht, dass Israel Terror gegen Palästinenser ausübt	7
Deutschland: Innerhalb von zwei Wochen zwei Kirchen entwidmet	8
Deutschland: Landesbischof Kramer mahnt zur Solidarität mit Juden	9
Deutschland: Münster/Lebensschützer beten für Gegendemonstranten	10
Deutschland: Online-Seminare zum Thema „Christenverfolgung“	11
Deutschland: Unter Druck als Christ standhaft bleiben	12
Haiti: „Die Menschen sind erschöpft“	13
Israel: „Terrorakt“- Kirchenvertreter verurteilen Hamas-Angriff	14
Kongo: Mordserie mit christlichen Opfern	16
Libanon-Krieg: Christen mehrfach betroffen	17
Libanon: Christen verlassen sich auf Christen	18
Libanon: Rund 9.000 Christen harren im Süden au	20
Nahost: Regierung soll sich für Frieden einsetzen	21
Nigeria: Fulani-Hirten töten sieben Christen	22
Österreich: „Abtreibung ist die schlimmste Tragödie unserer Zeit“	24
Pakistan: Christen medizinische Versorgung durch muslimischen Arzt verweigert	25
Philippinen: Gesetz zur Ausweitung der Scharia-Gerichte	26
Russland: Dass Menschen zu Christus finden	28
Somalia: 68,5 Millionen Dollar US-Hilfe	29
Thailand/Myanmar: Festnahme oder Rückführung	30
Togo: Neunzehn Tote bei Anschlag auf Grenzposten	31
USA: Antisemitismus ist in den USA auf dem Vormarsch	32
Zentralasien: 16-jähriger Christ von College verwiesen	33

Äthiopien: Jedes Jahr werden 13 Millionen Afrikaner Christen

Die Organisation „Overseas Training“ feierte ihr 30-jähriges Bestehen

Untermünkheim (IDEA) – Allein in Afrika werden jedes Jahr 13 Millionen Menschen Christen. Das berichtete der Geschäftsführer der evangelikalen Organisation „Overseas Training“ (Übersee-Training), Pfarrer Andreas Kammer, beim Festgottesdienst anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Werks in Untermünkheim bei Schwäbisch Hall. Rund 200 Besucher nahmen daran teil. Kammer wies darauf hin, dass vor etwa 50 Jahren eine ganz neue Phase in der Missionsgeschichte begonnen habe. Der Same, den die Missionare ausgesät hätten, sei aufgegangen. Seither wüchsen die Kirchen in Südamerika, Asien und Afrika rasant. Nun seien nicht mehr die Missionare die treibende Kraft, sondern die einheimischen Pastoren, Jugendreferenten und Evangelisten. Der Gründer des Werks in Deutschland, Manfred Kohl (Hubbards/Kanada), der bereits 153 Länder der Erde besucht hat, berichtete zudem vom Gemeindegewachstum in China, Afrika und anderen Teilen der Welt: „Es entstehen weltweit täglich neue Gemeinden, aber es gibt viel zu wenige Arbeiter, die sich um diese Gemeinden kümmern.“ Nur etwa zehn Prozent der Gemeinden weltweit hätten einen ausgebildeten Pastor. Kohl ermunterte die Zuhörer daher, eine Patenschaft zu übernehmen, damit Gemeindeleiter ausgebildet werden könnten.

Äthiopien: Großer Bedarf an neuen Gemeindeleitern

Im Anschluss an den Gottesdienst sprach der Direktor einer Bibelschule in Addis Abeba, Frew Tamrat, über die Situation der Christen in Äthiopien: Das „Evangelical Theological College“ helfe mit, den großen Bedarf an Gemeindeleitern in seinem Heimatland zu decken. So hätten 2024 mehr als 100 Studenten ihr Studium abgeschlossen und dienten nun in ihren Gemeinden. Zugleich dankte er „Overseas Training“ dafür, dass das Missionswerk schon seit vielen Jahren Äthiopiern über Patenschaften eine Bibelschulerausbildung ermögliche. Die Organisation mit Sitz in Schwäbisch Hall wurde 1994 als „Overseas Council Europe“ (Übersee-Rat Europa) gegründet und engagiert sich in der Dritten Welt für die Ausbildung von einheimischen Gemeindeleitern. Das Werk gehört zum Netzwerk „Leadership Training Support“ welches mit über 150 theologischen Ausbildungsstätten und Bibelschulen in 60 Ländern zusammenarbeitet. Die meisten dieser Einrichtungen wirken den Angaben zufolge in einem Umfeld, in dem viele Kirchen die Kosten für die Ausbildung ihrer Gemeindeleiter und Pastoren nicht allein tragen können. „Overseas Training“ hilft ihnen durch Patenschaften für Studenten und Beratung. Für deren Verantwortliche bietet die Organisation seit 1999 auch jährliche Fortbildungen an.

China und Nordkorea kooperieren bei brutaler Christenverfolgung

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/10.10.24 - China hat seit letztem Jahr Hunderte Nordkoreaner Grausamkeiten ausgesetzt, indem es sie gewaltsam in ein Land zurückführte, dessen Führer der Meinung sind, dass Religion, insbesondere das Christentum, die größte Bedrohung für ihre Macht darstellt, so Experten bei einer kürzlich abgehaltenen Anhörung in den USA.

Untersuchungen haben ergeben, dass diejenigen, die aus China in Haftanstalten im Nordkorea des obersten Führers Kim Jong Un zurückgeführt werden, Folter, sexuelle Gewalt, Versklavung und Mord erwarten.

„Jede religiöse Überzeugung, insbesondere das Christentum, sowie Südkorea stellen die einzigen Herausforderungen für das absolute Machtmonopol des Kim-Regimes dar“, sagte Greg Scarlatoiu, Geschäftsführer des nichtstaatlichen Komitees für Menschenrechte in Nordkorea (HRNK), bei der Anhörung der US-Kommission für Religionsfreiheit (USCIRF) am 26. September. „Das Christentum bietet eine alternative Lebensweise, die Tyrannei delegitimiert und Unterdrückung überwindet.“

Hunderte Nordkoreaner wurden seit letztem Jahr trotz der bekannten Risiken, denen sie bei ihrer Rückkehr ausgesetzt sind, aus China zwangsrepatriiert, sagte Hanna Song, Geschäftsführerin des Database Center for North Korean Human Rights (NKDB), bei der Anhörung.

„Bei ihrer Rückkehr nach Nordkorea werden sie von den Behörden als Erstes gefragt, ob sie während ihres Aufenthalts in China einen Missionar getroffen haben“, sagte Song. „Diese Frage ist nicht nur eine Formalität. Die Antwort bestimmt die Schwere der Strafe, die sie zu erwarten haben. Wenn eine Person zugibt oder festgestellt wird, dass sie Kontakt zu einem Missionar hatte, insbesondere zu einem, der dem Christentum angehört, ist sie oft den härtesten Formen von Folter und Inhaftierung ausgesetzt.“

Wenn Nordkoreaner zwangsweise zurückgeführt werden, stellen sie fest, dass die Begegnungen mit religiösen Persönlichkeiten, die sie während ihres Aufenthalts in China hatten, sie für ihr ganzes Leben prägen können und „eine bereits schlimme Situation in eine Situation extremen Leidens verwandeln“, sagte sie. „Die internationale Gemeinschaft muss dringend handeln, um diese Zwangsrückführungen und die unmenschlichen Folgen, die auf die nach Nordkorea Geschickten warten, anzugehen.“

Joanna Hosaniak, stellvertretende Generaldirektorin der Citizens' Alliance for North Korean Human Rights (NKHR), berichtete bei der Anhörung, dass Häftlinge, die in China wegen ihrer Religionszugehörigkeit verdächtigt werden, von anderen Rückkehrern getrennt werden.

„Diese Verfolgung muss in einem viel größeren Zusammenhang gesehen werden – einfach ausgedrückt betreibt die nordkoreanische Führung ein kriminelles Unternehmen, das Zivilisten versklavt, um die Produktion von Exportgütern zu erleichtern, durch die sie Devisen erwirbt, um das Regime und seine Militärprogramme zu finanzieren“, sagte Hosaniak.

Diese Form der Versklavung finde in Gefängnissen und Haftanstalten statt, die von Sicherheitskräften betrieben werden, sagte sie.

„China liefert ständig Sklaven für Haftanstalten“, sagte Hosaniak. „Sowohl politische Gefangenenlager, die hauptsächlich vom MSS (Ministerium für Staatssicherheit) betrieben werden, als auch Langzeitgefängnisse, die vom MPS (Ministerium für öffentliche Sicherheit) betrieben werden, sind wichtige Produktionsstätten, die Waren für den Export herstellen: Textilien, falsche Wimpern, die mit 'Made in China' gekennzeichnet sind.“

Hosaniak sagte, dass Aussagen von Flüchtlingen zeigten, dass China Gesichtserkennungstechnologie einsetze, um Migranten in China aufzuspüren, und dass Beamte diejenigen belohnten, die Menschen meldeten, die ihnen halfen. Die chinesischen Behörden teilten den Wunsch Nordkoreas, Menschen mit religiösem Glauben zu bestrafen, sagte sie und fügte hinzu, dass chinesische Beamte, wenn sie nur illegale Migranten verhaften würden, diese nicht auch darüber verhören würden, wen sie getroffen haben und ob sie versuchen zu fliehen.

„Das Ziel ist die religiöse Verfolgung“, sagte sie und fügte hinzu, dass chinesische Unternehmen bei dieser Aufgabe auf eine Weise kooperieren, die dem Menschenhandel gleichkommt, und dass es Beweise dafür gibt, dass einige chinesische Unternehmen mit nordkoreanischen Unternehmen verbunden sind.

Scarlatoiu wies darauf hin, dass die Verweigerung von Menschenrechten, Indoktrination, Informationskontrolle und das „apokalyptische Waffenprogramm“ des Regimes Vorrang vor den Menschenrechten, dem Wohlergehen und der menschlichen Sicherheit seiner Bürger haben.

„Das Regime der Kim-Familie ist eine kriminelle Organisation, die sich als souveräner Staat tarnt“, sagte er. „Dies ist ein Regime, das durch Unterdrückung, die in der heutigen Welt ihresgleichen sucht, das absolute Monopol auf politische Macht besitzt.“

Trotz lebensbedrohlicher Gefahren, überwältigendem Zwang, umfassender Überwachung und schwerer Bestrafung wachsen die Kirchen in Nordkorea mit Hilfe von Missionaren und Kirchen von außerhalb, fügte er hinzu.

Menschenrechte müssten in der US-Politik eine größere Rolle spielen, da es einen Zusammenhang zwischen Rechtsverletzungen und der Bedrohung der Welt durch das Regime gebe, sagte er.

„Das Wesen des mit Atomwaffen ausgerüsteten Regimes, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht, ist eine Bedrohung für den regionalen und internationalen Frieden und die Sicherheit“, sagte Scarlatoiu. „Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den Menschenrechtsverletzungen Nordkoreas und den Bedrohungen, die es für den internationalen Frieden und die Sicherheit darstellt, und daher muss der Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Sicherheit betont werden.“

Song von der NKDB berichtete der Kommission, dass 99,6 Prozent der nordkoreanischen Flüchtlinge angeben, dass ihnen nicht bekannt ist, dass im Land eine Religion praktiziert wird. Da das Regime drei Generationen einer Familie ins Gefängnis steckt, wenn auch nur ein Verwandter wegen „Verrats“ wegen der Ausübung seines Glaubens verurteilt wird, führt dies dazu, dass Enkelkinder nicht wissen, dass ihre Großeltern Christen waren, die von Generationen von Gläubigen abstammten.

Song sagte, das Regime nutze alle möglichen Maßnahmen, um „Verbrechen“ des persönlichen Gewissens als staatsfeindlich oder verräterisch darzustellen. In dem Bericht des HRNK für die allgemeine regelmäßige Überprüfung Nordkoreas durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im April stellte das Komitee fest, dass im Jahr 2020 schätzungsweise 160.000 Menschen wegen „politischer Verbrechen“ in politischen Gefängnissen inhaftiert waren.

Eine Untersuchung einer internationalen Kommission von Richtern ergab, dass die Gefangenen „Mord, Ausrottung, Versklavung, Zwangsumsiedlung, Inhaftierung oder schwerem Freiheitsentzug, Folter, sexueller Gewalt, Verfolgung, erzwungenem Verschwinden und anderen unmenschlichen Handlungen“ ausgesetzt waren, wie aus dem HRNK-Bericht hervorgeht.

„Umfangreiche Beweise belegen, dass Beamte der DVRK [Demokratische Volksrepublik Korea] Personen aus illegitimen Gründen inhaftieren, beispielsweise weil sie grundlegende Menschenrechte ausüben“, fügte er hinzu.

Auf die Frage von USCIRF-Kommissar Meir Soloveichik, wie Gefangenen geholfen werden könne, antwortete Ethan Shin, Rechtsanalyst der Transitional Justice Working Group (TJWG), der Kommission, dass Fürsprache zu einer besseren Behandlung führen könne. Hosaniak von der NKHR merkte an, dass internationale Fürsprache zu besseren Bedingungen geführt habe, die einigen Häftlingen das Überleben ermöglichten, wenn die Namen der Gefangenen bekannt seien – eine seltene und schwierige Leistung.

Scarlatoiu fügte hinzu, dass Regierung, Nichtregierungsorganisationen und religiöse Gruppen nun besser zusammenarbeiten, um sich für die Inhaftierten einzusetzen.

Nordkorea wurde auf der Weltbeobachtungsliste 2024 von Open Doors auf Platz 1 der Länder gesetzt, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

<https://morningstarnews.org/2024/10/china-and-north-korea-partner-to-persecute-christians-experts-say/>

Deutschland: Bayerische Baptisten fordern Abschiebestopp für christliche Iraner

Aus religiösen Gründen Verfolgte würden oft nicht wahrgenommen

Straubing/Ingolstadt (IDEA) – Der bayerische Landesverband des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG/Baptisten) fordert einen Abschiebestopp für christliche Iraner. Dessen Leiter, Pastor Johan Drog (Straubing/Niederbayern), und der Leiter der bayerischen Iranerarbeit im Verband, Pastor Mohsen Kornelsen (Ingolstadt), haben deshalb einen Brief an den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann (CSU) geschrieben, der der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA vorliegt. Darin weisen die beiden darauf hin, dass das Regime der Islamischen Republik Iran systematisch ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten, Dissidenten und Frauen verfolge. „Angesichts dieser gravierenden Menschenrechtsverletzungen fordern wir, dass sich Bayern für einen Abschiebestopp von gefährdeten Christen in den Iran einsetzt.“ Der Verband nehme wahr, dass die Politik die Frauen und auch die sexuellen Minderheiten durchaus berücksichtige, „dass aber oft die religiös Verfolgten nicht wahrgenommen“ würden.

Konvertiten sind besonders gefährdet

Drog und Kornelsen weisen darauf hin, dass die größte christliche Gemeinschaft im Iran aus Konvertiten bestehe, die jedoch vom Staat nicht anerkannt und massiv verfolgt würden. Sie dürften sich nicht in Kirchen versammeln, sondern seien gezwungen, heimlich in Hauskirchen zusammenzukommen. Diese würden regelmäßig vom Geheimdienst und der Revolutionsgarde überwacht und gestürmt. Die Mitglieder würden zu langen Haftstrafen, Auspeitschungen oder Zwangsarbeit verurteilt. So habe es im Juni Urteile gegen acht zum Christentum konvertierte ehemalige Muslime gegeben. Sie sollen insgesamt 45 Jahre hinter Gitter, nachdem sie im Zuge einer Verhaftungswelle um Weihnachten 2023 festgenommen worden waren. Zum Landesverband gehören etwa 6.100 Mitglieder in 60 Gemeinden.

Deutschland: CSI-Wir sehen nicht, dass Israel Terror gegen Palästinenser ausübt

„Christen an der Seite Israels“: Juden fühlen sich alleine gelassen

Berlin (IDEA) – Bei der Beurteilung des Krieges im Nahen Osten darf man Ursache und Wirkung nicht vermischen. Das betonte Josias Terschüren, Leiter der Abteilung Politik und Gesellschaft der Organisation „Christen an der Seite Israels“ (CSI), in einem Interview mit Welt TV. Anlass war der Jahrestag des Hamas-Massakers am 7. Oktober. Wie Terschüren sagte, wurde Israel in einen Krieg hineingezwungen und muss sich seither verteidigen. Dabei versuche Israel, zivile Opfer möglichst zu vermeiden. Terschüren widersprach Papst Franziskus, der gegenüber dem israelischen Präsidenten Jitzchak Herzog erklärt habe, dass man Terror nicht mit Terror bekämpfen dürfe: „Wir sehen nicht, dass Israel Terror gegenüber den Palästinensern ausübt.“ Wie er weiter sagte, geht es Juden in Deutschland nicht gut: „Sie fühlen sich hierzulande, aber auch in Israel alleingelassen.“ Deshalb sehe es CSI als seine Aufgabe an, an der Seite des jüdischen Volkes und Israels zu stehen. Es sei der einzige Staat, der im Nahen Osten die Religionsfreiheit verteidige, in dem Christen sicher seien und in dem die christliche Bevölkerung wachse.

Deutschland: Innerhalb von zwei Wochen zwei Kirchen entwidmet

Wetzlar: Die Erlöserkirche der EmK wurde einst unter Leitung von Horst Marquardt erbaut

Wetzlar (IDEA) – Innerhalb von zwei Wochen sind zwei evangelische Kirchen im mittelhessischen Wetzlar entwidmet worden. Die Evangelisch-methodistische Kirche (EmK) hat die Erlöserkirche am Friedrich-Ebert-Platz aufgegeben. Sie war 1962 unter Leitung von Pastor Horst Marquardt (1929–2020) erbaut worden. Marquardt war zugleich auch Direktor des Evangeliums-Rundfunks (heute ERF – der Sinnsender). Zum Grund der Schließung sagte Pastoralreferentin Jutta Götsche (Braunfels), dass sich der Mitgliederrückgang und damit auch das Ende der Gemeinde über Jahre abgezeichnet habe. Zuletzt seien zu den 14-tägigen Gottesdiensten acht bis zehn Besucher gekommen. „Wir waren einmal eine der bedeutendsten Freikirchen in Wetzlar“, sagte Gemeindevorstand Hans-Peter Roth (77). Regelmäßig seien zu den besten Zeiten 90 Gottesdienstbesucher, bei Festen bis zu 170 Gäste gekommen. Über die künftige Nutzung der Erlöserkirche ist noch nichts bekannt. Die Wetzlarer Mitglieder wurden in die Braunfelser EmK-Gemeinde aufgenommen. Ende September hatte die Evangelische Kirchengemeinde Wetzlar die Magdalenenkirche im Westend entwidmet. Sie soll künftig als evangelische Kindertagesstätte genutzt werden.

Deutschland: Landesbischof Kramer mahnt zur Solidarität mit Juden

Zeichen der Hoffnung ist der Bau von zwei Synagogen in Sachsen-Anhalt

Halle/Saale (IDEA) – In Zeiten des wachsenden Antisemitismus ist ein klares Bekenntnis zu den jüdischen Gemeinden und zur Existenz des Staates Israel notwendig. Das sagte der Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), Friedrich Kramer, anlässlich des fünften Jahrestages des Terroranschlags auf die Synagoge in Halle (Saale) am 9. Oktober. Damals hatte der inzwischen zu lebenslanger Haft verurteilte Stephan B. versucht, die Synagoge in Halle zu stürmen. Am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur wollte er die dort versammelten Gemeindemitglieder töten. Der Versuch scheiterte, aber unmittelbar danach erschoss er zwei Menschen in der Stadt. Zum Zeitpunkt der Tat habe man gedacht, dass dies der Tiefpunkt antisemitischer Auswüchse gewesen sei, so Kramer. Doch leider nehme der Judenhass nach einem Jahr Nahostkrieg „quer durch alle sozialen Gruppen und politischen Strömungen“ von Tag zu Tag zu. „Wir sehen die Bilder, die uns das Herz zerreißen, und gleichzeitig sehen wir, wie antisemitische Straftaten auf einem Rekordhoch sind“, so Kramer. Als Zeichen der Hoffnung bezeichnete Kramer den Bau von zwei Synagogen in Sachsen-Anhalt: „Jüdisches Leben hier braucht sichere Orte, und die Synagoge ist ein Ort der Stärkung und des Trostes in diesen wahnsinnigen Zeiten.“

Deutschland: Münster/Lebensschützer beten für Gegendemonstranten

Rund 80 Menschen nahmen an dem jährlichen „Gebetszug für das Leben“ teil

Münster (IDEA) – Rund 80 Christen haben am diesjährigen „Gebetszug für das Leben“ in Münster teilgenommen. Sie trugen symbolisch weiße Kreuze durch die Innenstadt, um an ungeborene Kinder zu erinnern, die im Mutterleib getötet wurden. Laut Medienberichten beteiligten sich rund 750 Demonstranten an einer Gegendemonstration, zu der das „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Münster“ aufgerufen hatte. Sie versuchten, den Gebetszug und seine Abschlussveranstaltung durch Lärm zu stören und riefen Parolen wie „Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat“ und „Hätt' Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben“. Der Gebetszug, den das ökumenische Gebetsnetzwerk „EuroProLife“ (München) organisiert hatte, wurde von einem großen Polizeiaufgebot geschützt. Die Beamten verhinderten nach Angaben von Teilnehmern mehrere Versuche, die Zugstrecke zu blockieren. Die Veranstaltung endete am Denkmal des katholischen Geistlichen und Gegners der Nationalsozialisten, Kardinal Clemens August Graf von Galen (1878–1946). Bei der Abschlusskundgebung dankte der Vorsitzende von EuroProLife, Wolfgang Hering, der Polizei für ihre starke Präsenz. Die Teilnehmer des Gebetszuges rief er auf, sich nicht über die Provokationen der Gegendemonstranten zu ärgern, sondern für deren Seelenheil zu beten.

Deutschland: Online-Seminare zum Thema „Christenverfolgung“

Gerne können Sie an den **kostenlosen Online-Seminaren** der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ teilnehmen. Der Gemeindeferent **Wolfgang Häde** behandelt an fünf Abenden verschiedene Fragen zum Thema „Christenverfolgung“.

Die Seminare finden jeweils donnerstags von 20:00 bis ca. 20:45 statt.

Termine und Themen

- 24. Oktober 2024 „In die Ferse stechen“ – Biblische Sicht von Christenverfolgung
- 31. Oktober 2024 „Trösten mit dem empfangenen Trost“ - Stimmen aus der Verfolgung
- 7. November 2024 „Beeile dich, bald zu mir zu kommen“ - Was Verfolgte brauchen
- 14. November 2024 „Durch viele Bedrängnisse“ - Verfolgung in der Apostelgeschichte
- 21. November 2024 „Seid nüchtern und wachet“ - Vorbereitung auf Verfolgung

Eine Anmeldung für einzelne Abende ist ebenso möglich wie die Registrierung für die gesamte Reihe. (Eine formlose Mail genügt:

E-Mail: w.haede@verfolgte-christen.org

Hilfsaktion Märtyrerkirche e.V. (HMK)

Steinstraße 5 | 35641 Schöffengrund
Fon +49 (0)6445 61244-0 | Fax +49 (0)6445 61244-22

Deutschland: Unter Druck als Christ standhaft bleiben

Zum Freundestag der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ kamen rund 250 Besucher

Schöffengrund (IDEA) – Wer es ernst meint mit der Nachfolge Jesu, bekommt schnell Gegenwind zu spüren. Das betonten mehrere Redner beim Freundestag der „[Hilfsaktion Märtyrerkirche](#)“ (HMK) in Schöffengrund bei Wetzlar vor rund 250 Besuchern. Nach Angaben der HMK stehen rund 200 Millionen Christen in über 60 Ländern jederzeit in Gefahr, wegen ihres Glaubens bedrängt und verfolgt zu werden. Die Predigt hielt der Evangelist Henrik Ermlich. Er ist für das jugendmissionarische Werk „Friends“ (Freunde) tätig, das mit dem [Christus-Treff Marburg](#) verbunden ist. Ermlich sprach darüber, wie man als Christ auch unter Druck standhaft bleiben kann. Am Beispiel des Propheten Daniel zeigte er auf, wie der Glaube unter Druck wachsen könne: „Daniel und seine Freunde wussten, dass sie nicht Nebukadnezar fürchten müssen, sondern dass Gott ihr Richter ist.“ Wer wisse, wem er am Ende wirklich Rechenschaft schulde, lebe mit der richtigen Perspektive.

16 Jahre Haft für Frau aus Eritrea

Einen konkreten Eindruck der Konsequenzen, die ein Leben mit Jesus Christus haben kann, gab Twen Theodros. Die junge Frau aus Eritrea war nach einem Gebetstreffen verhaftet worden. Fast 16 Jahre lang war sie inhaftiert und wurde gefoltert, weil sie ihren Glauben nicht widerrufen wollte. Bis heute trägt sie Narben an ihrem Körper. Die Kraft, um ihre schlimmsten Schmerzen durchzustehen, habe ihr die Gegenwart Jesu Christi geschenkt. „Alles, was wir erleben müssen, lohnt sich“, so Theodros. „Das Leid ist begrenzt, aber am Ende werden wir in die Herrlichkeit Gottes aufgenommen.“

Missionsleiter: Sind Christen in Deutschland auf schwere Zeiten vorbereitet?

HMK-Missionsleiter Manfred Müller wies darauf hin, dass Christen in Deutschland bisher noch große Freiheiten genießen. Es stelle sich jedoch die Frage, ob sie darauf vorbereitet seien, wenn es einmal anders kommen sollte. „Wir können von verfolgten Christen lernen, wie sie im Leid geistlich wachsen. Aber wir können auch fröhlich in der Gewissheit leben, dass Gott größer ist als alle Herausforderungen.“

Der Druck in Deutschland nimmt zu

Der Geschäftsführer des [Fontis Verlags](#) in Basel, Dominik Klenk, berichtete, dass der Druck auf Christen auch in Deutschland zunehme. „Der Raum für Toleranz für Andersdenkende wird enger“, erklärte er und berichtete von seinen Erfahrungen bei den [Tübinger Hochschultagen](#) im Juni sowie einer christlichen Konferenz in München: An beiden Orten habe es viel öffentliche Meinungsmache gegen die missionarischen Veranstaltungen gegeben. „Wir brauchen Christen, die sich nicht scheuen, ihren Glauben zu bekennen“, so Klenk. Dafür brauche es die Gewissheit, „dass Christus mit uns ist“. Klenk erinnerte an das biblische Beispiel von Kaleb: „Wir sollten die Kraft der Gegner nicht mit unserer eigenen Kraft vergleichen. So wie Kaleb die Größe der Riesen mit der Kraft Gottes verglich, können wir unsere Herausforderungen mit Gottes Möglichkeiten vergleichen.“ Die HMK ist eine überkonfessionelle Hilfsorganisation für verfolgte Christen. Das Werk wurde 1969 von dem rumänischen Pfarrer Richard Wurmbbrand (1909–2001) gegründet und hat heute seinen Sitz in Schöffengrund. Es unterstützt mit über 170 Projekten in 50 Ländern Christen und Gemeinden, die wegen ihres Glaubens bedrängt und unterdrückt werden.

Haiti: "Die Menschen sind erschöpft"

Erzbischof von Port-au-Prince nach Massaker

Port-au-Prince (Agenzia Fides) - „Die Menschen sind erschöpft. Sie bitten den Staat um Hilfe“, so Vorsitzender der haitianischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Port-au- Max Leroy Mésidor, in seiner Beileidsbekundung für die Opfer des Massakers vom 3. Oktober in Pont Sondé.

Das Massaker wurde in den frühen Morgenstunden des **3. Oktober** von Mitgliedern der bewaffneten Bande „Gran Grif“ in Pont Sondé, zwischen den Gemeinden Saint-Marc und Estère (Departement Artibonite) verübt. Mindestens 70 Menschen wurden getötet, darunter 10 Frauen und 3 Kinder. Bei dem Angriff wurden 16 Menschen verletzt und 45 Häuser in Brand gesetzt. Mehr als 6.000 Menschen flohen nach dem Massaker aus dem Gebiet.

„Das Land ist völlig krank. Aber die Situation im Westen und in Artibonite, den beiden größten Departements, ist noch schlimmer“, bekräftigt Mésidor, der sich fragt, ob es einen Plan gibt, um diese beiden Gebiete im Besonderen und das Land im Allgemeinen zu zerstören. „Seit zwei Jahren ist die Gemeinde Petite Rivière de l'Artibonite verwaist. Keine Polizeipräsenz. Das Gleiche gilt für die Stadt Liancourt. Diese beiden Gebiete, in denen das Leben einst pulsierte, sind heute von Verzweiflung übermannt“.

In den letzten Jahren wurde das Departement Artibonite im Westen des Landes von Bandengewalt überrollt, wobei Zivilisten ins Kreuzfeuer gerieten. Von April bis Juni 2024 forderten Bandenangriffe in Gros-Morne, L'Estère, Liancourt, Petite Rivière de l'Artibonite und Terre Neuve nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen in Haiti (BINUH) mindestens 76 Menschenleben, darunter auch Kinder.

Das Departement Artibonite gilt wegen seiner Reisproduktion als die Kornkammer Haitis. Die starke Instabilität in der Region hat zu der Nahrungsmittelkrise beigetragen, die zur Sicherheitskrise in einem Land beiträgt, das keinen Frieden zu finden scheint. Nach Angaben einer Gruppe von NRO, die in Haiti tätig sind, leiden 5,4 Millionen Haitianer unter schwerer Ernährungsunsicherheit, von denen 2 Millionen - etwa 18 % der Bevölkerung - an schwerem Hunger leiden.

In ganz Haiti waren seit 2023 mehr als 700.000 Menschen gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen, um der Bandengewalt und der weit verbreiteten Unsicherheit zu entkommen. In der ersten Hälfte des Jahres 2024 (Januar bis Juni) verzeichneten die Vereinten Nationen insgesamt 3.638 Morde, was einem Anstieg von fast 74 Prozent im Vergleich zu 2023 entspricht. Der amtierende Premierminister Garry Conille reiste unterdessen in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Kenia, um für eine Verstärkung der internationalen Sicherheitsmission in Haiti zu werben, die bisher nur aus 400 meist kenianischen Polizisten besteht.

(L.M.) (Fides 7/10/2024)

Israel: „Terrorakt“- Kirchenvertreter verurteilen Hamas-Angriff

Kirchliche Organisationen haben zum Jahrestag des 7. Oktober an das Massaker der Hamas in Israel erinnert und zum Kampf gegen Judenhass aufgerufen. Gleichzeitig fordern sie diplomatische Bemühungen für ein Ende des Kriegs.

Kirchenvertreter in Deutschland haben zum ersten Jahrestag an die Opfer des Terrorangriffs der Hamas auf Israel erinnert. Die amtierende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Kirsten Fehrs, und der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing, erklärten gemeinsam, dieser Terrorakt sei ein beispielloser Angriff auf Israels Bevölkerung und die Sicherheit des Landes gewesen, in dessen Folge Israel sein Recht auf Selbstverteidigung geltend gemacht habe. Sehr schnell, so Fehrs, habe es aber sprachliche Relativierungen gegeben. „Das Massaker war grausam, aber... Diese Sprachfigur hat es ständig gegeben“, sagte die Hamburger Bischöfin. „Das hat mich nachhaltig gestört.“

Zugleich wiesen Bätzing und Fehrs darauf hin, dass die militärische Reaktion Israels und die folgenden Kämpfe im Gaza-Streifen Zehntausenden palästinensischen Zivilisten den Tod gebracht hätten. „Auch aufseiten der Palästinenser ist das menschliche Elend erschütternd.“ EKD und Bischofskonferenz warnten vor einer weiteren Eskalation des Nahostkonflikts. Mit dem massiven Raketenbeschuss aus dem Iran auf Israel am vergangenen Dienstag habe der Konflikt eine neue Stufe erreicht.

Schlimmster Angriff auf Juden seit der Schoah

Das Trauma des 7. Oktober sei Juden und Jüdinnen überall auf der Welt gegenwärtig, sagte die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Irme Stetter-Karp. „Unsere Gedanken gehen zuerst zu den Todesopfern des grausamen Überfalls. Wir denken an die Hinterbliebenen, an die noch immer gequälten Geiseln und an die Angehörigen.“ Seit dem Ende der Schoah seien bei keinem singulären Ereignis so viele Jüdinnen und Juden verschleppt und ermordet worden, fügte sie hinzu.

Stetter-Karp unterstrich, der Terror der Hamas bedrohe die Stabilität in der Region fortwährend. Die Hamas sei nicht nur für den terroristischen Überfall am 7. Oktober verantwortlich, sondern halte die palästinensische Bevölkerung „in kollektiver Geiselhaft ihrer unversöhnlichen Positionen gegenüber Israel“. Täglich sterben Menschen, die diese Auseinandersetzung weder befeuern wollen noch lösen können. Sie möchten in Frieden leben“, sagte sie.

Diakonie: Forderung nach diplomatischen Fortschritten

Die Diakonie Katastrophenhilfe forderte konkrete diplomatische Fortschritte für die Menschen in Israel und in den palästinensischen Gebieten. Unzählige Menschen in Israel und Gaza litten unter den traumatischen Erlebnissen und dem Verlust von Angehörigen. Im Gaza-Streifen seien weiterhin zwei Millionen Menschen ohne ausreichende Nahrung, sichere Unterkunft und funktionierende Gesundheitsversorgung, mahnte der Leiter der Diakonie Katastrophenhilfe, Martin Keßler. „Ein weiteres Jahr des Kriegs kann niemandem zugemutet werden.“

Auch das katholische Hilfswerk Misereor forderte mehr politischen Einsatz für ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Leiterin der Abteilung Afrika und Naher Osten bei Misereor, Dorothee Klüppel, sagte, es müssten politische Lösungen gefunden werden, die den Forderungen nach Gerechtigkeit, Würde und Sicherheit aller in der Region entsprächen.

Mehr offener Antisemitismus in Deutschland

Die Evangelische Kirche von Westfalen (EKvW) weist in ihrer Stellungnahme auf den steigenden Antisemitismus hin: „Der Terroranschlag am 7. Oktober und der darauffolgende Krieg haben Folgen für die Situation in Deutschland mit sich gebracht. Jüdinnen und Juden erleben seit dem einen enormen Anstieg von offenem Antisemitismus.“

Dies bestätigt die Forscherin Monika Hübscher. Seit dem Überfall der radikalislamischen Hamas auf Israel vor einem Jahr habe antisemitischer Hass in den sozialen Medien eine neue Dimension erreicht. Im Diskurs sei eine Polarisierung und Entmenschlichung in der Sprache zu beobachten, sagte die Antisemitismusbeauftragte an der Universität Duisburg-Essen dem Evangelischen Pressedienst. „Soziale Medien haben die Entstehung und Verbreitung von Antisemitismus revolutioniert“, sagte Hübscher.

Bei dem Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 ermordeten Terroristen über 1.200 Menschen in Israel, mehr als 240 wurden in den Gaza-Streifen verschleppt. Etwa 100 Geiseln befinden sich noch immer in den Händen der Hamas, rund ein Drittel gilt als tot. Das Massaker löste den Gaza-Krieg zwischen Israel und der Hamas aus.

Quelle: <https://www.jesus.de/nachrichten-themen/terrorakt-kirchenvertreter-verurteilen-hamas-angriff/>

Kongo: Mordserie mit christlichen Opfern

Die Todesfälle wurden vom [Terrorism Research and Analysis Consortium](#) gemeldet.

IIRF-D/BA/Tübingen/10.10.24 - Acht Menschen wurden am 22. September bei zwei bewaffneten Angriffen auf Lubero in der nordöstlichen Provinz Nord-Kivu getötet.

Beide Vorfälle wurden auf den Social-Media-Kanälen der Provinz Zentralafrika des Islamischen Staates (ISCAP, auch bekannt als Allied Democratic Forces) bekannt gegeben.

„Die Soldaten des Kalifats griffen das christliche Dorf Bandolo in der Region Lubero an“, hieß es in einem der Social-Media-Posts, „und metzelten fünf Christen nieder, Gott sei gepriesen.“

In einem anderen Beitrag wurde beschrieben, wie islamistische Kämpfer eine Stellung des Militärs der Demokratischen Republik Kongo in der Nähe des Dorfes Medidi angriffen, dann drei Christen im Dorf töteten und Häuser und Geschäfte niederbrannten.

Am selben Sonntag wurde in der Nachbarprovinz Ituri ein weiterer Christ von der ISCAP gefangen genommen und getötet.

Vier Tage später gaben die Islamisten ebenfalls in Ituri bekannt, dass sie „Christen, die auf Motorrädern unterwegs waren“, aus dem Hinterhalt angegriffen, einen getötet und zwei weitere verletzt hätten.

Die ISCAP ist allein in den letzten zwei Monaten für [Dutzende Todesfälle](#) verantwortlich. Schätzungen zufolge haben sie seit 2017 mehr als 5.500 Christen im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo getötet.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/at-least-ten-christians-killed-by-islamists-in-d-r-congo/>

Libanon-Krieg: Christen mehrfach betroffen

IIRF-D/BA/Tübingen/10.10.24 - Tausende sind auf der Flucht. Sie waren gezwungen, aus ihren Dörfern im Süden zu fliehen, um weiter nördlich ein kleines Maß an Sicherheit zu suchen. Unter ihnen sind viele Frauen, Kinder und andere schutzbedürftige Menschen.

Aber viele andere – darunter auch Kirchenführer – sind in der Konfliktzone zurückgeblieben. Sie sind entschlossen, zu verhindern, dass ihre Häuser, ihre Kirchen und ihr historisches christliches Land in die Hände von Islamisten fallen.

Fast ein Jahr nach der brutalen islamistischen Gräueltat, die den Nahen Osten in Brand gesetzt hat, verschlimmert sich die Notlage unserer christlichen Brüder und Schwestern weiter. In den letzten Tagen hat der anhaltende Konflikt wie nie zuvor auf den Libanon übergreifen.

Christen (etwa ein Drittel der Bevölkerung) gehören zu den vielen Libanesen, die die Terrorgruppe Hisbollah nicht unterstützen. „Wir betrachten sie als Unterdrücker“, sagte unser Projektpartner.

Unsere Brüder und Schwestern hier leiden seit vielen Jahren unter Armut. Seit der Explosion im Hafen von Beirut im Jahr 2020 ist die libanesische Wirtschaft zusammengebrochen. Lebensmittel und Medikamente sind fast unerschwinglich geworden.

„Wir können uns nur auf Christen verlassen“, sagte ein anderer Kontakt des Barnabas Fund im Land.

In einigen Gebieten im Norden werden Lager für Binnenvertriebene von der Hisbollah betrieben. Es wird befürchtet, dass jegliche Hilfe, die über die lokale Regierung verteilt wird, die Christen nicht erreichen wird.

Ein Haus in einem christlichen Dorf im Süden des Libanon. Viele sind vor dem Konflikt geflohen, aber andere bleiben, um zu versuchen, ihr historisches Land zu schützen

Die meisten haben in den mehrheitlich christlichen Gebieten der Region Mount Lebanon Zuflucht gesucht. Eine Kirche beherbergt bereits 40 bis 50 Binnenvertriebene. Heute bereitet sie sich auf die Aufnahme von etwa 100 weiteren vor.

Diejenigen, die im Süden geblieben sind, können von den von der Hisbollah kontrollierten Institutionen keine humanitäre Hilfe erwarten. „Überall um sie herum wird so viel geschossen“, sagt unser Projektpartner. Einige befürchten, dass es für sie zu gefährlich ist, die beschwerliche Reise in den Norden anzutreten.

In einem religiös gespaltenen Land müssen vertriebene Christen auf die Unterstützung ihrer eigenen Brüder und Schwestern zählen.

Es ist wahrscheinlich, dass die Geflüchteten für viele Monate nicht in der Lage sein werden, nach Hause zurückzukehren.

Die Bewohner in christlichen Dörfern im Süden sind bereits mit einer verzweifelten Knappheit konfrontiert.

<https://www.barnabasaid.org/de/latest-needs/libanon-christians-in-crisis/>

Libanon: Christen verlassen sich auf Christen

Der Krieg kam in den Libanon

(Barnabas aid) „Diese Krise ist eine der schlimmsten, die wir bis jetzt hatten.“ Dies ist die Einschätzung eines Barnabas Aid Projektpartners im Libanon, als die Christen im Lande in ein verzweifelt humanitäres Disaster fallen.

Tausende wurden vertrieben. Sie wurden gezwungen aus ihren Dörfern im Süden zu fliehen, um ein kleines bisschen mehr Sicherheit im Norden zu suchen. Unter ihnen sind viele Frauen, Kinder und andere gefährdete Personen.

Aber viele andere – einschließlich Kirchenleiter – sind in der Konfliktzone zurückgeblieben. Sie sind entschlossen, ihre Häuser, ihre Kirchen, ihr historisches christliches Erbe nicht in die Hände von Islamisten fallen zu lassen.

Der Krieg kam in den Libanon

Fast ein Jahr seit den brutalen, abscheulichen islamistischen Gräueltaten, die den Nahen Osten entzündet haben, verschlimmert sich die Not unserer christlichen Brüder und Schwestern. In den letzten Tagen hat sich der andauernde Konflikt wie noch nie zuvor in den Libanon ergossen.

Christen (etwa ein Drittel der Einwohner) sind unter den vielen libanesischen Menschen, die nicht die Hezbollah Terroristen unterstützen. „Wir nennen Sie die Unterdrücker“, sagt unser Projektpartner.

Unsere Geschwister im Libanon ertrugen die Armut seit vielen Jahren. Seit der Hafen von Beirut im Jahr 2020 explodierte, ist die libanesische Ökonomie zusammengebrochen. Nahrungsmittel und Medikamente wurden fast unbezahlbar. Politische und soziale Institutionen sind im Chaos.

Christen verlassen sich auf Christen

„Wir können uns nur auf andere Christen verlassen,“ sagt ein anderer Barnabas Aid Kontakt im Land.

Lager für Internally Displaced Persons (IDPs/im Lande vertriebene Menschen) werden in einigen nördlichen Gebieten vom Hezbollah betrieben. Dort herrscht die berechtigte Angst, dass Hilfe, die durch die lokalen Regierungseinrichtungen verteilt wird, nicht bei den Christen ankommt.

Viele suchten Schutz in den mehrheitlich-christlichen Gebieten in den Bergregionen Libanons. Eine Kirche beherbergt schon jetzt 40-50 IDPs. Heute bereiten sie sich auf 100 weitere Flüchtlinge vor.

Die im Süden Zurückgebliebenen können nicht auf humanitäre Hilfe von Hezbollah kontrollierten Institutionen hoffen. „Da ist so viel Beschuss um sie herum,“ sagt unser Projektpartner. Einige fürchten, dass es zu gefährlich ist, die beschwerliche Reise in den Norden zu machen.

In einem Land, das durch die Religionen entzweit ist, können vertriebene Christen nur durch ihre eigenen Brüder und Schwestern für Hilfe rechnen.

Können Sie helfen?

Nur der Herr weiß, wie lange diese Situation anhält, aber es ist möglich, dass die Flüchtlinge für viele Monate nicht in ihre Heimat zurückkehren können.

Die Bewohner der christlichen Dörfer im Süden erfahren schon jetzt schwere Notlagen.

„Diese Krise ist eine der schlimmsten, die wir bis jetzt hatten.“ Dies ist die Einschätzung eines Barnabas Aid Projektpartners im Libanon, als die Christen im Lande in ein verzweifelt humanitäres Disaster fallen.

Tausende wurden vertrieben. Sie wurden gezwungen aus ihren Dörfern im Süden zu fliehen, um ein kleines bisschen mehr Sicherheit im Norden zu suchen. Unter ihnen sind viele Frauen, Kinder und andere gefährdete Personen.

Aber viele andere – einschließlich Kirchenleiter – sind in der Konfliktzone zurückgeblieben. Sie sind entschlossen, ihre Häuser, ihre Kirchen, ihr historisches christliches Erbe nicht in die Hände von Islamisten fallen zu lassen.

Fast ein Jahr seit den brutalen, abscheulichen islamistischen Gräueltaten, die den Nahen Osten entzündet haben, verschlimmert sich die Not unserer christlichen Brüder und Schwestern. In den letzten Tagen hat sich der andauernde Konflikt wie noch nie zuvor in den Libanon ergossen.

Rauch steigt auf aus einem christlichen Dorf im südlichen Libanon

Christen (etwa ein Drittel der Einwohner) sind unter den vielen libanesischen Menschen, die nicht die Hezbollah Terroristen unterstützen. „Wir nennen Sie die Unterdrücker“, sagt unser Projektpartner.

Unsere Geschwister im Libanon ertrugen die Armut seit vielen Jahren. Seit der Hafen von Beirut im Jahr 2020 explodierte, ist die libanesische Ökonomie zusammengebrochen. Nahrungsmittel und Medikamente wurden fast unbezahlbar. Politische und soziale Institutionen sind im Chaos.

Der Krieg kam in den Libanon.

Christen verlassen sich auf Christen

„Wir können uns nur auf andere Christen verlassen,“ sagt ein anderer Barnabas Aid Kontakt im Land.

Lager für Internally Displaced Persons (IDPs/im Lande vertriebene Menschen) werden in einigen nördlichen Gebieten vom Hezbollah betrieben. Dort herrscht die berechtigte Angst, dass Hilfe, die durch die lokalen Regierungseinrichtungen verteilt wird, nicht bei den Christen ankommt.

Ein Haus in einem südlichen, libanesischen christlichen Dorf. Viele sind vor dem Konflikt geflohen, aber andere blieben zurück und versuchen, ihr historisches Land zu verteidigen

Viele suchten Schutz in den mehrheitlich-christlichen Gebieten in den Bergregionen Libanons. Eine Kirche beherbergt schon jetzt 40-50 IDPs. Heute bereiten sie sich auf 100 weitere Flüchtlinge vor.

Die im Süden Zurückgebliebenen können nicht auf humanitäre Hilfe von Hezbollah kontrollierten Institutionen hoffen. „Da ist so viel Beschuss um sie herum,“ sagt unser Projektpartner. Einige fürchten, dass es zu gefährlich ist, die beschwerliche Reise in den Norden zu machen.

In einem Land, das durch die Religionen entzweit ist, können vertriebene Christen nur durch ihre eigenen Brüder und Schwestern für Hilfe rechnen.

Können Sie helfen?

Nur der Herr weiß, wie lange diese Situation anhält, aber es ist möglich, dass die Flüchtlinge für viele Monate nicht in ihre Heimat zurückkehren können.

Die Bewohner der christlichen Dörfer im Süden erfahren schon jetzt schwere Notlagen. Diejenigen, die in den nördlichen Libanon geflohen sind, können sich nur auf ihre christlichen Brüder und Schwestern für Hilfe verlassen. Können Sie helfen?

Barnabas Aid ist im Kontakt mit vertrauenswürdigen Projektpartnern im Libanon, welche mitarbeiten werden die Versorgung mit humanitären Hilfsgütern zu finanzieren. Dort sind viele freiwillige Helfer, sagt unser Partner – wir brauchen nur die Mittel.

Im Moment ist eine dringliche Not für Lebensmittel, Medizin und Hygieneartikel. Sobald der Winter kommt und die Temperaturen fallen, werden Decken, warme Kleidung und Brennstoff zu einer lebenswichtigen Sache.

Können Sie helfen, diese lebenswichtigen Bedürfnisse der Christen, die keine andere Quelle der Hilfe haben, zu unterstützen?

Libanon: Rund 9.000 Christen harren im Süden au

Katholisches Hilfswerk: Kaum einer in den Medien spricht von ihnen

Beirut/München (IDEA) – Trotz anhaltender Luftangriffe Israels gegen die radikal-islamische Terrororganisation Hisbollah im Südlibanon harren dort noch etwa 9.000 Christen in Dörfern aus. Das berichtet das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ (ACN/München). Nach den Worten der Ordensfrau Maya El Beaino von der Kongregation der Schwestern Jesu und Mariens haben sich viele Christen entschieden, etwa in Ain Ebel – rund 90 Kilometer südlich von Beirut – zu bleiben. Die Ortschaft sei überwiegend von Christen bewohnt und liege nur wenige Kilometer von der Grenze zu Israel entfernt. Die Angriffe Israels richteten sich gegen Hisbollah-Hochburgen der Region, so ACN. Doch unter den Folgen litten alle, berichtet Schwester Maya: „Es gibt hier kein Krankenhaus in der Nähe, wir haben nur drei Stunden Strom am Tag und kein Wasser.“

„Kirche in Not“ versorgt die Einwohner mit Hilfsgütern

Das Hilfswerk hat bereits in den vergangenen Monaten Medikamente und Lebensmittel für die Mitglieder der christlichen Gemeinde von Ain Ebel finanziert. Das müsse weitergehen, so Schwester Maya: „Die Medien sprechen von den Menschen, die geflüchtet sind. Aber kaum einer spricht von den vielen Christen, die geblieben sind.“ Die Menschen seien in Sorge, ihre Heimat für immer zu verlieren. Deshalb seien auch viele Christen zurückgekommen, die sich zunächst vor den Kämpfen zwischen Hisbollah und israelischem Militär in andere Regionen in Sicherheit gebracht hätten.

Kloster betreibt Schule für 32 Dörfer

Schwester Maya gehört zum Kloster St. Joseph. Es betreibt eine Schule, die Kinder aus 32 umliegenden Dörfern besuchen. Doch aufgrund der Sicherheitslage habe der Präsenzunterricht jetzt ausgesetzt werden müssen. Die Nonne: „Die Kinder wären hier nicht sicher.“ Umso dankbarer seien viele Menschen dafür, dass ein Priester und die Ordensschwestern geblieben seien. Auch in der benachbarten Ortschaft Rmeich seien noch zwei Ordensgemeinschaften aktiv und kümmerten sich um die Verteilung von Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs. Etwa 30 Prozent der 6,8 Millionen Einwohner des Libanons sind Christen, die übrigen meist Muslime.

Nahost: Regierung soll sich für Frieden einsetzen

Der Menschenrechtler Kamal Sido sieht die Bundesrepublik in der Mitverantwortung

Göttingen (IDEA) – Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV/Göttingen) appelliert an den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung per Beschluss zu verpflichten, sich für friedliche Lösungen der bewaffneten Konflikte im Nahen Osten einzusetzen. „Der anhaltende Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah wird die Lage im Libanon und in der gesamten Region weiter eskalieren lassen. Das entstandene Chaos könnte im Libanon zu einem neuen Bürgerkrieg zwischen verschiedenen konfessionellen Gruppen führen“, warnte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido in einer Mitteilung. Rund eine Million Menschen seien wegen der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Hisbollah und Israel im Libanon, aber auch in Israel, auf der Flucht. Etwa 100.000 Menschen seien bereits nach Syrien geflohen. „Wenn die deutsche Bundesregierung und andere EU-Regierungen weniger Asylsuchende in Deutschland und der EU haben wollen, müssen sie sich verstärkt und gemeinsam für Frieden und friedliche Lösungen bestehender Konflikte einsetzen und gleichzeitig dafür sorgen, dass keine neuen bewaffneten Konflikte entstehen“, erklärte der Menschenrechtler.

Die Syrienkrise muss gelöst werden

Aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien sind viele Menschen in den Libanon geflohen. Nun müssten sie in ihr weitgehend zerstörtes und durch westliche Sanktionen verarmtes Heimatland zurückkehren, wie Sido berichtete. „Wie will die Bundesregierung Syrer aus Deutschland nach Syrien zurückschicken, wenn es dort an allem fehlt und keine Besserung der Lage in Sicht ist?“ Die Regierung müsse sich gemeinsam mit den anderen EU-Staaten für eine dauerhafte Lösung der Syrienkrise einsetzen. Diese dürfe nicht länger von anderen bestehenden geopolitischen Konflikten abhängig gemacht werden. Nur so könne es gelingen, die Konflikte Stück für Stück zu lösen.

Mitverantwortung der Bundesregierung und der EU

Die deutsche Bundesregierung und andere EU-Regierungen tragen laut Sido eine Mitverantwortung für den Krieg in Syrien. „Denn sie haben sich in Syrien eingemischt, ohne ein realistisches Konzept für ein Syrien nach der Assad-Diktatur zu haben. Auch wegen dieser Politik Deutschlands und der EU ist die Lage in Syrien eskaliert und eine friedliche Lösung immer schwieriger geworden“, so der Menschenrechtler. Insgesamt sollen sich rund 1,5 Millionen Syrer im Libanon aufhalten. Unter den Flüchtlingen sind auch viele Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten wie Christen, Drusen, Ismailiten, Jesiden, Kurden, Armenier oder Assyrer/Aramäer.

Nigeria: Fulani-Hirten töten sieben Christen

Anwohner beklagen mangelndes Eingreifen der Regierung

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/10.10.24 - Fulani-Hirten griffen am 1. Oktober ein überwiegend christliches Dorf in Zentralnigeria an und töteten dabei sieben Menschen, wie Anwohner berichteten.

Die Hirten überfielen gegen 17 Uhr das Dorf Egwuma im Bezirk Agatu im Bundesstaat Benue, wie Philip Ebenyakwu, Vorsitzender des Gemeinderats von Agatu, in einer Presseerklärung mitteilte.

„Sie begannen, sporadisch auf die Dorfbewohner zu schießen, als sie das Dorf betraten“, sagte Ebenyakwu. „Sie töteten sieben Menschen, und das sind noch nicht einmal die Verletzten, die bei dem Angriff zu beklagen waren. Wir haben auch die Sicherheitsbehörden kontaktiert, und sie sind dabei, sich auf die Verfolgung der Eindringlinge vorzubereiten.“

Der Anwohner Edwin Ogbanje sagte, die Angreifer seien Fulani-Hirtenmilizen gewesen, die eine Spur der Verwüstung hinterlassen hätten.

„Es ist unerlässlich, dass dieser Vorfall gründlich untersucht wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden“, sagte Ogbanje. „Diese Angriffe der Fulani-Hirten nehmen zu, und [Berichten zufolge](#) sind sie zu einer der tödlichsten Terrorgruppen der Welt geworden. Die nigerianische Regierung muss entschlossen handeln, um dieser wachsenden Bedrohung zu begegnen und ihre Bürger zu schützen.“

Audu Sule, ein ehemaliger Abgeordneter im Parlament des Bundesstaates Benue, sagte, das Dorf Egwuma sei weniger als einen Kilometer von seinem Zuhause in Ogwule entfernt. Der Angriff sei der vierte in der Region im vergangenen Monat gewesen. „Die tödlichen Aktivitäten der Hirten in unserer Region wurden von den Behörden dieses Landes nicht beendet. Unter den Toten sind der Gemeindevorsteher und sechs Mitglieder seiner Gemeinde“.

Pastor Ojotu Ojema, Vertreter von Agatu in der nigerianischen Nationalversammlung, sagte, es sei erschreckend, dass nichts unternommen worden sei, um die ständigen Angriffe in der Region einzudämmen. Er forderte das Militär auf, sich stärker für die Verhinderung weiterer Angriffe einzusetzen, und prangerte „häufige Szenarien an, bei denen bewaffnete Fulani-Hirten aus den Nachbarstaaten Kogi und Nasarawa in die Gemeinden Apa und Agatu eindringen, ihre tödlichen Angriffe ausführen und trotz der Anwesenheit des Militärs ungestraft davonkommen“.

Catherine Anene, Sprecherin des Polizeikommandos des Bundesstaates Benue, bestätigte den Angriff auf das Dorf Egwuma und sagte: „Sicherheitskräfte, darunter auch Militärangehörige, sind derzeit in diesem Gebiet, um die Angreifer zu verfolgen.“

Die überwiegend muslimischen Fulani, die in Nigeria und der Sahelzone in Millionenstärke leben, umfassen Hunderte von Clans mit vielen verschiedenen Abstammungslinien, die keine extremistischen Ansichten vertreten. Einige Fulani folgen jedoch einer radikalen islamistischen Ideologie, wie die parteiübergreifende parlamentarische Gruppe für internationale Freiheit oder Weltanschauung (APPG) des Vereinigten Königreichs in einem [Bericht](#) aus dem Jahr 2020 feststellte.

„Sie verfolgen eine vergleichbare Strategie wie Boko Haram und ISWAP und zeigen eine klare Absicht, Christen und starke Symbole der christlichen Identität ins Visier zu nehmen“, heißt es im APPG-Bericht.

Christliche Führer in Nigeria haben erklärt, dass sie glauben, dass die Angriffe von Hirten auf christliche Gemeinden im Middle Belt Nigerias von dem Wunsch inspiriert sind, das Land der Christen gewaltsam zu übernehmen und den Islam aufzuzwingen, da die Wüstenbildung es für sie schwierig gemacht hat, ihre Herden zu ernähren.

Nigeria ist nach wie vor der gefährlichste Ort der Welt, um Christus nachzufolgen. Laut dem Bericht „World Watch List (WWL) 2024“ von Open Doors wurden dort vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023 4.118 Menschen wegen ihres Glaubens getötet. Mit 3.300 Entführungen von Christen gab es in Nigeria außerdem mehr Entführungen als in jedem anderen Land.

Diskriminierung im Nordwesten

In der nordwestlichen Region kritisierten christliche Führer den nigerianischen Präsidenten dafür, dass er nur muslimische Kandidaten für den Vorstand einer mit Entwicklungsprojekten beauftragten Körperschaft vorschlug.

Alle neun Kandidaten, die der muslimische Präsident Bola Ahmed Tinubu am 28. September vorgeschlagen hatte, wurden in den Vorstand der Northwest Development Commission berufen.

Elder Sunday Oibe, Vorsitzender der Northwest Nigeria Chapter der Christian Association of Nigeria (CAN), sagte in einer Presseerklärung am Samstag (5. Oktober), dass Christen, die von der Politik der Kommission betroffen wären, nicht hätten ausgeschlossen werden dürfen.

„Die Christen im Nordwesten sind zutiefst besorgt über die jüngsten Ernennungen, die die Vielfalt in der Region nicht widerspiegeln“, sagte Oibe. „Der nigerianische Präsident, Bola Ahmed Tinubu, muss zur Kenntnis nehmen, dass es in allen Bundesstaaten des Nordwestens – Kaduna, Kano, Jigawa, Katsina, Kebbi, Sokoto und Zamfara – einheimische Christen gibt.“

Man sollte nicht davon ausgehen, dass die gesamte Bevölkerung im Nordwesten muslimisch ist, sagte er.

„Diese einseitigen Ernennungen sind, gelinde gesagt, der Tinubu-Regierung unwürdig, und wir sind von dieser Aktion enttäuscht“, sagte Oibe.

Er forderte Tinubu auf, die Ernennungen zu überprüfen und die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen, um eine ausgewogene Vertretung zu gewährleisten, „da eine unveränderte Beibehaltung dieser Ernennungen negative Folgen für den Erfolg der Kommission haben und religiöse Spaltungen in der Region und in Nigeria insgesamt fördern wird“.

Tinubu ernannte Haruna Ginsau (Jigawa) zum Vorstandsvorsitzenden und Abdullahi Shehu Ma'aji (Kano) zum Geschäftsführer/Vorstandsvorsitzenden. Weitere ernannte Mitglieder waren Yahaya Namahe (Sokoto), Aminu Suleiman (Kebbi), Tijani Kaura (Zamfara), Abdulkadir Usman (Kaduna), Muhammad Wudil (Kano), Shamsu Sule (Katsina) und Nasidi Ali (Jigawa).

<https://morningstarnews.org/2024/10/fulani-herdsmen-kill-seven-christians-in-central-nigeria/>

Österreich: „Abtreibung ist die schlimmste Tragödie unserer Zeit“

Über 2.000 Menschen nahmen beim „Marsch fürs Leben“ in Wien teil

Wien (IDEA) – „Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben. Unborn Lives Matter“ (Ungeborenes Leben zählt). Das betonte die Vorsitzende des österreichischen Vereins „[Marsch fürs Leben](#)“, Felicitas Trachta, bei der gleichnamigen Veranstaltung in Wien. Dabei zogen laut Angaben des Veranstalters am 5. Oktober über 2.000 Lebensrechtler durch die Wiener Innenstadt. Unter den Teilnehmern waren der römisch-katholische Altbischof Klaus Küng und der Wiener Weihbischof Franz Scharl sowie die beiden Politiker der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) Jan Ledóchowski und Caroline Hungerländer. Trachta sprach weiter davon, dass die Veranstaltung nicht nur ein „Fest des Lebens“, sondern auch ein lauter Ruf nach Gerechtigkeit und Frieden sei, der im Mutterleib beginne. „Abtreibung ist die schlimmste Tragödie unserer Zeit – Tausende haben heute in Wien gezeigt, dass ihnen das Schicksal von Müttern, Babys und jungen Familien nicht egal ist.“

Motto sorgt für Aufregung

Die Botschaft „#UnbornLivesMatter“, die die Veranstalter in diesem Jahr gewählt hatten, sorgte schon vor dem Marsch für Aufregung. Ein Plakat mit dieser Botschaft an der Balustrade der Wiener Karlskirche war in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober mutmaßlich von Linksextremen illegal zerschnitten und gestohlen worden. Die Lebensschützer hängten jedoch kurz darauf ein neues Banner auf. Zum Hintergrund: Es handelt sich bei dem Motto um eine Abwandlung des Slogans „Black Lives Matter“ (Schwarze Leben zählen), der aus den USA stammt. Dort wird es verwendet, um auf die Gleichwertigkeit von Schwarzen hinzuweisen. Wie die Veranstalter mitteilten, haben Antifa-Aktivist*innen auch weiterhin versucht, den Marsch zu behindern und auch vor Sachbeschädigung und Gefährdung Dritter nicht zurückgeschreckt. In der Nacht vor der Demonstration hätten Kriminelle die Bühne zerstört, die für die Kundgebung am nächsten Tag vorgesehen gewesen sei. Dabei sei ein Schaden von bis zu 100.000 Euro entstanden. Im Vorfeld hatten zudem die Grünen-Politikerinnen Meri Disoski und Viktoria Spielmann Kritik hervorgerufen, weil sie zur Teilnahme am Gegenprotest aufgerufen hatten. In einer bei Instagram veröffentlichten Grafik dieser Gegendemonstration war ein riesiger Aktivist mit einer Kupferspirale, einem Verhütungsmittel, zu sehen, der einen kleinen Lebensschützer am Kragen hochhebt.

Veranstalter: Zwei Welten trafen aufeinander

Mit Blick auf die Gegendemonstranten erklärte Trachta, dass „mal wieder zwei Welten aufeinander getroffen“ seien – „die eine verumummt, kreischend und störend, die andere lebensfreundlich, fröhlich und empathisch“. Die Vorsitzende des Vereins „Marsch fürs Leben“ bekundete zudem ihre Freude, so viele „wunderbare Menschen“ zu treffen, „mit denen man gemeinsam für diejenigen eintreten kann, die keine Stimme haben: ungeborene Babys“.

Brühl: Kinder sind die Zukunft

Der Sprecher der christlichen Menschenrechtsorganisation [ADF International](#), Ludwig Brühl, erklärte bei der Kundgebung auf dem Karlsplatz vor dem Marsch, dass Lebensschützer eine Vision hätten: „Wir können wirklich eine Pro-Life Generation sein. Eine Generation von fröhlichen und freien Familien, mit Wohlstand durch Nachwuchs, einer Welt in der wir Grundsätzliches verstanden haben: dass Kinder unsere Zukunft sind. Eine Welt, die sich um Schwache kümmert und unschuldige Kinder nicht tötet. Eine Welt, in der Frieden herrscht – der im Mutterleib beginnt. In der sich Menschen gegenseitig helfen und kein Mensch getötet werden“ müsse. Der nächste Wiener „Marsch fürs Leben“ ist für den 4. Oktober 2025 geplant.

Pakistan: Christen medizinische Versorgung durch muslimischen Arzt verweigert

International Christian Concern - Als Yousaf Masih Gill zum ersten Mal mit dem Arzt zusammentraf, der seinen schwerkranken Vater im Zivilkrankenhaus von Sahiwal im pakistanischen Punjab behandeln sollte, fand er die Worte des Arztes erschreckend.

Der Arzt, ein Muslim, drückte sein Bedauern darüber aus, dass er sich um den älteren Mann kümmern musste.

„Wenn ich früher gewusst hätte, dass Sie Christ sind, hätte ich Ihren Vater nicht angefasst“, soll der Arzt am Dienstag zu Gill gesagt haben.

Die Aussage war nicht das einzige, was Gill und seine Familie beunruhigte. Während des Krankenhausaufenthaltes benötigte Gills Vater dringend medizinische Hilfe. Er und seine Familie machten sich auf die Suche nach dem Arzt und fanden ihn schließlich im Zimmer des Arztes. Dort spielten er und andere Ärzte ein Spiel. Gill flehte den Arzt seines Vaters an, nach seinem Vater zu sehen.

„Wir spielen gerade“, sagte der Arzt. „Wir werden später nach ihm sehen.“

Der Arzt teilte der Familie schließlich mit, dass er die kritische Operation, die der Vater benötigte, nicht durchführen würde. Gills Bruder, Babu Nadeem, ein katholischer Katechet, protestierte daraufhin mit Dutzenden von Menschen vor dem Krankenhaus.

Nadeem sagte, sein Vater kämpfe mit extremen Schmerzen und sei dem Tod nahe. Die Ärzte im Zivilkrankenhaus reagierten nur mit Vorurteilen und Verachtung und verstießen damit gegen ihre heilige Pflicht als ethisch denkende Ärzte, sich um jeden zu kümmern, der in Not ist.

„Wir haben ein sehr enttäuschendes Verhalten unserer Ärzte erlebt, nur weil wir Christen sind“, sagte Nadeem. „Das ist absolut nicht akzeptabel. Ich bitte Sie alle, sich uns anzuschließen und Ihre Stimme gegen dieses unbefriedigende Verhalten der Ärzte zu erheben, damit sie es nicht wagen, andere so schlecht zu behandeln, wie es uns widerfährt. Die Operation meines Vaters ist auf Eis gelegt, aber wir werden weiter protestieren, bis unsere Stimmen gehört und wir fair behandelt werden“.

Im Anschluss an den Protest besuchte der medizinische Leiter des Zivilkrankenhauses die Familie und entschuldigte sich für die Behandlung, die sie erfahren hatte. Berichten zufolge sagte er der Familie zu, dass der Vater die notwendige Operation erhalten würde.

Die Behandlung von Gill und Nadeems Vater ist kein Einzelfall, insbesondere im Punjab. Im vergangenen Monat besuchte der Sonderbeauftragte der Europäischen Union für die Förderung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit Pakistan und machte dabei auch im Punjab Station, um unter Hinweis auf die Geschichte der Verfolgung in diesem Land die Bedeutung religiöser Toleranz zu betonen.

Christen werden in Pakistan oft als Bürger zweiter Klasse behandelt und zu langen Arbeitszeiten in unterdrückerischen Jobs gezwungen, die sie in die Abhängigkeit von ihren Arbeitgebern bringen. Muslime beschuldigen Christen auch oft fälschlicherweise der Blasphemie und wenden dann die strengen pakistanischen Blasphemiegesetze gegen sie an. Christen, die Ziel dieser Angriffe sind, wurden zum Tode verurteilt oder von einem wütenden Mob getötet.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Philippinen: Gesetz zur Ausweitung der Scharia-Gerichte

International Christian Concern - Präsident Ferdinand R. Marcos Jr. hat kürzlich das Gesetz Republic Act (RA) 12018 unterzeichnet, das das Scharia-Gerichtssystem auf den Philippinen durch die Schaffung von drei neuen Gerichtsbezirken und 12 zusätzlichen Bezirksgerichten im ganzen Land erweitert. Diese Entwicklung ändert die ursprünglichen Artikel des Präsidialerlasses (PD) 1083, den Kodex des muslimischen Personenrechts auf den Philippinen, und vergrößert die Reichweite der Scharia erheblich.

Das neu unterzeichnete Gesetz vom 12. August 2024 fügt drei Scharia-Distrikte hinzu - womit sich die Gesamtzahl auf acht erhöht - und weitet das Scharia-Gerichtssystem über die Autonome Region Bangsamoro in Muslim Mindanao (BARMM) hinaus auf andere Teile der Philippinen aus. Der sechste Scharia-Distrikt wird Gebiete in Nord-Mindanao und der Region Davao abdecken, der siebte wird Provinzen in den Visayas umfassen, und der achte Distrikt wird Metro Manila und Teile von Luzon einschließen.

Gemäß RA 12018 sind die neuen Scharia-Distrikte für zivile Angelegenheiten, insbesondere für muslimische Gemeinschaften, zuständig, die mit Familienrecht, Heirat und Erbschaft zu tun haben. Die erweiterte Zuständigkeit erstreckt sich nicht auf Strafsachen, die weiterhin in die Zuständigkeit der nationalen Gerichte fallen. Die landesweite Ausbreitung der Scharia-Gerichte hat jedoch bei den nicht-muslimischen Gemeinschaften, insbesondere bei den Christen, Besorgnis über die weitreichenden Folgen ausgelöst.

Da die Philippinen überwiegend christlich geprägt sind, hat die Ausweitung der Scharia-Gerichte Fragen zum religiösen Pluralismus aufgeworfen und dazu, wie diese Gerichte mit dem säkularen Justizsystem des Landes koexistieren werden. Christliche Führer haben ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass diese Ausweitung die religiösen Gräben in Regionen, in denen sowohl Christen als auch Muslime leben, vertiefen könnte.

„Die Einführung von Scharia-Gerichten in Regionen wie Metro Manila, Nord-Luzon und den Visayas ist etwas, das wir sorgfältig abwägen müssen“, sagte ein christlicher Pastor aus Cebu City. „Wir respektieren die Notwendigkeit des islamischen Rechts für unsere muslimischen Brüder und Schwestern, aber wir müssen auch sicherstellen, dass dies nicht zu einer rechtlichen Kluft oder zu Missverständnissen zwischen den Gemeinschaften verschiedener Glaubensrichtungen führt.“

Es wächst die Sorge, dass die Scharia-Gerichte zwar ausschließlich für Muslime gelten, ihre Präsenz in überwiegend christlichen Regionen jedoch zu sozialen und politischen Spannungen führen könnte, insbesondere in Gebieten, in denen die Beziehungen zwischen den Religionen historisch gesehen heikel sind. Christliche Gruppen beobachten die Umsetzung von RA 12018 genau, um sicherzustellen, dass ihre religiösen Freiheiten und Rechte geschützt werden und dass das Rechtssystem für alle inklusiv und gleichberechtigt bleibt.

Für die muslimischen Gemeinschaften, insbesondere in BARMM, wird die Erweiterung als positiver Schritt zu mehr Selbstbestimmung gesehen. Führende Vertreter der Bangsamoro lobten das Gesetz und betrachteten es als eine entscheidende Entwicklung, die sicherstellt, dass islamische Prinzipien in mehr Gebieten des Landes zivilrechtliche Angelegenheiten regeln können.

„Die Ausweitung der Scharia-Gerichte ist eine Bestätigung unserer Rechte als Muslime, Aspekte unseres persönlichen und familiären Lebens nach unserem Glauben zu regeln“, sagte ein islamischer Rechtsexperte in Davao City, dem ständigen Sitz des neu geschaffenen sechsten Scharia-Bezirks. „Damit wird es für muslimische Filipinos, die außerhalb der BARMM leben, einfacher, Zugang zu Gerichten zu erhalten, die unsere religiösen Gesetze verstehen und respektieren.“

Während das Gesetz in Kraft tritt, rufen die Regierung und religiöse Führer aller Glaubensrichtungen zu Ruhe und Dialog auf. Zwar soll die Ausweitung der Scharia den rechtlichen Bedürfnissen muslimischer Filipinos dienen, doch muss sorgfältig darauf geachtet werden, dass sie nicht zu einer stärkeren Spaltung oder zu Spannungen zwischen religiösen Gruppen in einem Land führt, das für seine christlich-muslimische Vielfalt bekannt ist.

Christliche Führungspersonlichkeiten fordern die Regierung auf, klare Leitlinien vorzugeben und sicherzustellen, dass das erweiterte Scharia-System keine Auswirkungen auf Nicht-Muslime hat. Auch interreligiöse Dialoge werden angeregt, um gegenseitiges Verständnis und Respekt zu fördern, während das Land diese bedeutende rechtliche Veränderung durchläuft.

RA 12018 stellt die Fähigkeit der Philippinen auf die Probe, ein Gleichgewicht zwischen religiöser Autonomie und nationaler Einheit zu finden, während das Scharia-System auf neue Gebiete ausgedehnt wird, darunter auch auf Gebiete, die überwiegend christlich geprägt sind.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Russland: Dass Menschen zu Christus finden

(Licht im Osten) A. O. schreibt: „Wir danken Ihnen von Herzen für Ihre Gebetsunterstützung. Wir wissen, dass Sie für unser Volk und für unsere Gemeinde beten! Dank Ihrer Gebete sind wir stark – Gott segnet uns ... Wir danken Gott, dass er uns die Kraft gibt, in allen Situationen das Evangelium weiterzusagen und das Wort Gottes zu predigen.“ **Bitte beten Sie**

☒ für A. und alle unsere anderen Partner in Russland, die sehr unter der durch die politischen Verhältnisse gespaltenen Bevölkerung leiden. Sie stehen von Herzen zur Ukraine und sind gegen den Krieg. Dennoch halten sie in Russland die Stellung, damit weiterhin das Evangelium viele Herzen dort er-reicht und erneuert. Ihr Dienst ist oft genug eine innere Zerreißprobe.

☒ für seine Frau, die unter verschiedenen gesundheitlichen Problemen leidet. Sie ist sehr engagiert in persönlicher Evangelisation.

„In der Gemeinde geht es, Gott sei Dank, gut: Die Brüder und Schwestern arbeiten weiterhin mit, wo immer sie können. Sie verbreiten das Evangelium unter ihren Verwandten und Freunden.“ Zu besonderen Anlässen laden sie ihre glaubensfernen Freunde und Verwandten in die Gemeinde ein. Und sie gehen von Haus zu Haus, um mit Lebensmittelpaketen und christlichen Broschüren und Bibeln die Menschen einzuladen. „So kamen wir zu einer Familie, wo das Ehepaar sich schon lange hatte scheiden lassen wollen. Der Mann ist ein starker Trinker. An dem Tag, an dem wir kamen, hatte die Frau gerade einen Scheidungsantrag geschrieben, aber noch nicht eingereicht. Der Herr hat uns rechtzeitig zu dieser Familie geschickt: Gott sei Dank, die Frau ist gläubig geworden und hat Christus angenommen. Jetzt kommt sie jeden Sonntag zum Gottesdienst und besucht auch unsere Gebets- und Bibelstunden. Ihr Mann kommt seit kurzem auch zum Gottesdienst, hat aber Jesus noch nicht angenommen. Er trinkt weiterhin ...“ **Bitte beten Sie**

☒ für seine Bekehrung und Befreiung von der Sucht.

☒ dafür, dass der ausgesäte Same auch bei vielen weiteren Menschen aufgeht.

☒ für „die neue redigierte Bibel in unserer regionalen Sprache, die nächstes Jahr fertiggestellt werden soll. Dass sie in einer hohen Auflage gedruckt werden kann.“

Kürzlich „haben wir den Ehemann einer Glaubensschwester beerdigt. Vor zwei Jahren war er wegen Mordes zu neun Jahren Haft verurteilt worden. Zwei Stunden vor der Gerichtsverhandlung hatte ich ihn besucht und mit ihm über Christus gesprochen. Er tat Buße, nahm Jesus an und wurde gläubig. Aus dem Gefängnis heraus schrieb er eine Erklärung über die ‚militärische Spezialoperation‘ [Krieg gegen die Ukraine] und kam daraufhin ums Leben. Einerseits ist es schlimm, andererseits ist er jetzt im Himmel, auf ewig. Und wir konnten Verwandten und Freunden von Christus erzählen.“

☒ Bitte beten Sie für seine Witwe um Trost und für seine Verwandten und Freunde, dass auch sie zu Christus finden.

Somalia: 68,5 Millionen Dollar US-Hilfe

trotz Unterstützung der Hamas und Verfolgung von Christen

International Christian Concern - Die US-Regierung hat am Dienstag zugestimmt, dem finanziell angeschlagenen Somalia 68,5 Millionen Dollar an Hilfe zukommen zu lassen, obwohl das Land offen die Hamas unterstützt und Christen weiterhin verfolgt.

Im November 2023 behauptete der somalische Premierminister Hamza Abdi Barre in einer öffentlichen Rede, die Hamas sei keine Terrororganisation, sondern eine Gruppe von Freiheitskämpfern. Barre erklärte auch, dass Juden und Israelis „Kinder von Schweinen und Affen“ seien.

„Sollen sie doch sagen, was sie wollen“, sagte Barre in seiner Rede. „Die Hamas ist eine islamische Befreiungsbewegung. Sie sind rechtschaffen ... [Wir] werden jetzt gezwungen zu akzeptieren, dass die Hamas eine terroristische Gruppe ist. Wir werden das niemals akzeptieren. Wir werden das niemals sagen.“

Die Hamas wurde auf der Weltbühne für das Abschlachten von 1.200 unschuldigen Zivilisten in Israel am 7. Oktober 2023 verurteilt und von den Vereinigten Staaten als terroristische Organisation eingestuft.

Während die einen im Publikum die Rede des Premierministers bejubelten, verurteilten andere sie. Nach Angaben des afrikanischen Nachrichtenmagazins Horn Observer lösten Barres Äußerungen nicht nur Empörung aus, sondern gaben auch Anlass zur Sorge über die Haltung Somalias in den internationalen Beziehungen und seine zukünftige Entwicklung.

Barre wurde nicht nur wegen seiner Unterstützung der Hamas kritisiert, sondern auch wegen der Verfolgung von Christen in dem Land. Der Versuch, eine andere Religion als den Islam zu verbreiten, ist illegal, und das Land ist voll von Terroristen, bekannt als al-Shabab, die Christen jagen und töten.

Darüber hinaus stellte das US-Außenministerium in seinem Bericht über Menschenrechtspraktiken 2023 fest, dass Somalia an „schwerwiegender Regierungskorruption“ beteiligt war. Im Juni 2023 stellte das Office of the Auditor General fest, dass verschiedene somalische Beamte 21 Millionen Dollar aus Einnahmen im Zusammenhang mit Arbeits- und Visaerlaubnissen veruntreut haben.

Im Jahr 2023 rangierte Somalia auf dem Korruptionswahrnehmungsindex, einer von Transparency International, einer unabhängigen, gemeinnützigen Gruppe zur Überwachung der Korruption, erstellten Liste, als das korrupteste Land.

Dem Somali Digest zufolge sind „die Auswirkungen der Korruptionsprobleme in Somalia weitreichend. Abgesehen von den unmittelbaren Auswirkungen auf die Regierungsführung und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen untergräbt die anhaltende Korruption das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen, hemmt die wirtschaftliche Entwicklung und untergräbt die Bemühungen um den Aufbau einer stabilen und sicheren Gesellschaft“.

Die Entscheidung, einem Land, in dem Korruption weit verbreitet ist, Christen verfolgt werden und der Hamas-Terrorismus öffentlich unterstützt wird, Dutzende von Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, ist bestenfalls fragwürdig.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Thailand/Myanmar: Festnahme oder Rückführung

Das Schicksal vieler Birmesen auf der Flucht vor dem Krieg

Bangkok (Fides) - Es handelt sich um Migranten, oft illegale Einwanderer, die aus dem vom Bürgerkrieg verwüsteten Myanmar auf der Suche nach Frieden über die Grenze nach Thailand fliehen, um sich dort ein neues Leben aufzubauen. Der Strom von Migranten aus dem ehemaligen Birma nach Thailand reißt seit vielen Jahren nicht ab, seit in Rangun ein diktatorisches Militärregime an der Macht war, bevor 2016 die demokratische Phase begann. Nach dem neuen Militärputsch im Jahr 2021 und mit dem jüngsten Gesetz zur Zwangsrekrutierung, versuchen viele junge Burmesen, das Land zu verlassen und entscheiden sich für benachbarte südostasiatische Staaten, insbesondere Thailand. Einige schreiben sich in Schulen, Universitäten und Studiengängen ein und beantragen Aufenthaltsvisa als Studenten; für andere bleibt nur der Weg in den Untergrund, in der Hoffnung, Arbeit zu finden und ihren Status früher oder später zu legalisieren.

Die thailändische Regierung hat stets versucht, das Phänomen einzudämmen und eine abweisende Politik zu betreiben, indem sie Internierungslager für Migranten oder kontrollierte Flüchtlingscamps einrichtete, die es den Flüchtlingen nicht erlauben, sich in die Gesellschaft zu integrieren. In den letzten vier Monaten hat diese Politik zur Verhaftung von fast 200.000 myanmarischen Staatsangehörigen geführt. Wie das thailändische Arbeitsministerium mitteilte, kontrollierten die Polizeibehörden 18.000 Arbeitsplätze und andere Orte, um die Dokumente von 256.213 Wanderarbeitern zu überprüfen. Nach Angaben des Ministeriums handelte es sich bei den als „illegale Migranten“ verhafteten Arbeitnehmern um über 193.000 Staatsangehörige aus Myanmar, 39.000 Kambodschaner, 15.000 Laoten und über 7.000 andere Nationalitäten. Etwa 1.830 illegale Wanderarbeiter wurden strafrechtlich verfolgt, andere wurden zu Geldstrafen verurteilt, wieder andere in Internierungslager gebracht, um sie in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken.

Die birmanische Militärdiktatur bestätigte, dass im August rund 1.000 birmanische Arbeiter aus Thailand zurückgeführt worden seien. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation „Myanmar Humanitarian Action Centre“ handelte es sich dabei um eine restriktive Maßnahme von noch nie dagewesenem Ausmaß. Die thailändische Regierung hat unterdessen erklärt, dass die Kontrollen der illegalen Wanderarbeiter notwendig sind, um die Beschäftigungsmöglichkeiten für thailändische Bürger zu schützen. Nach thailändischem Recht ist es Wanderarbeitern gleich welcher Nationalität bereits untersagt, 27 bestimmte Berufe auszuüben, die thailändischen Staatsbürgern vorbehalten sind (z. B. Personenbeförderung, traditionelle thailändische Massage, Friseur, Dolmetscher und Geldtransferdienste). In Thailand leben rund zwei Millionen Menschen aus Myanmar, die in der Landwirtschaft, im Gastgewerbe, in der Fischerei, im verarbeitenden Gewerbe und in anderen Sektoren beschäftigt sind. Viele von ihnen leben ohne Papiere im Land, nachdem sie die Grenze als illegale Einwanderer überquert haben, in der Hoffnung, eine von einem thailändischen Regierungsbüro ausgestellte „Identitätsbescheinigung“ zu erhalten, die es ihnen erlaubt, im Land zu bleiben und zu arbeiten.

„Flüchtlinge, die keine solche Bescheinigung besitzen und nach Myanmar zurückkehren, werden dort inhaftiert oder in Infanteriedivisionen der birmanischen Armee eingezogen und an die Front geschickt“, berichtet das „Myanmar Humanitarian Action Centre“. Angesichts des Bürgerkriegs stelle die Rückführung eine ernsthafte Bedrohung für ihr Leben dar, so die Menschenrechtsorganisation.

Hinzu kommen die birmanischen Flüchtlinge (etwa 100.000), die dauerhaft in Flüchtlingslagern leben, die von der thailändischen Regierung entlang der Grenze zwischen Thailand und Myanmar eingerichtet wurden und für die Außenwelt gesperrt sind. Nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) ist die Zahl dieser Flüchtlinge seit 2021 aufgrund des Bürgerkriegs in Myanmar weiter angestiegen. Thailand ist nicht Vertragspartei der Flüchtlingskonvention von 1951 ist und verfügt über keinen spezifischen nationalen Rechtsrahmen für den Schutz von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Die burmesischen Flüchtlinge befinden sich daher in Thailand in einem rechtlichen und sozialen „Schwebezustand“, während die Regierung ihnen keine Erlaubnis erteilt, in Drittländer zu reisen, in die sie gerne gehen würden.

(PA) (Fides 5/10/2024)

Togo: Neunzehn Tote bei Anschlag auf Grenzposten

An der Grenze zu Burkina Faso

Lomé (Fides) - In der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober wurden in Fanworgou, einer Stadt an der Grenze zwischen Togo und Burkina Faso, 19 Menschen getötet.

Ein Kommando bewaffneter Männer griff ein Kontingent togolesischer Soldaten an, die mit der Bewachung der Grenze und dem Schutz der Arbeiter eines lokalen Unternehmens beauftragt waren, das eine Schutzmauer gegen das Eindringen bewaffneter Gruppen aus Burkina Faso bauen sollte.

Dem Kommando gelang es, die bereits errichteten Barrieren zu durchbrechen und die Patrouillen des togoischen Militärs anzugreifen. Anschließend stürmte es die Hütte, in der die Arbeiter untergebracht sind, und zerstörte einen Teil der Ausrüstung des Bauunternehmens.

Dabei wurden 9 Soldaten und 10 Zivilisten getötet. Bei den Verletzten handelt es sich um mindestens 8 Zivilisten und 4 Soldaten. Die Armee griff mit Verstärkung und bewaffneten Hubschraubern ein. Unter den Angreifern sollen sich auch Frauen und Kinder befunden haben.

Zu dem Anschlag wurde bisher kein Bekenner schreiben verfasst, er ereignete sich jedoch nur etwa vier Kilometer östlich des Anschlags vom 20. Juli dieses Jahres in Kpenkankandi, bei dem mindestens 21 togolesische Soldaten ums Leben kamen und zu dem sich die so genannte „Gruppe der Unterstützung für den Islam und die Muslime (Jama'at Nusrat al-Islam wa al-Muslimin, JNIM) bekannte, die in ihren sozialen Medien Aufnahmen des Anschlags von einer ihrer Drohnen veröffentlicht hatte.

Die mit Al-Qaida verbundene JNIM, die im Sahelgürtel zwischen Mali, Niger und Burkina Faso operiert, versucht, ihre Aktivitäten auf westafrikanische Anrainerstaaten des Atlantischen Ozeans wie Togo auszuweiten.

In der Grenzregion zu Burkina Faso ist seit 2022 der Ausnahmezustand ausgerufen worden, um bewaffneten Übergriffen aus dem Nachbarstaat zu begegnen.

Die Grenzgebiete von Togo und Burkina Faso sowie die Grenze von Burkina Faso zu Benin sind seit langem von Spannungen betroffen, die auf die Präsenz dschihadistischer und krimineller Gruppen zurückzuführen sind, die im illegalen Handel tätig sind (vgl. Fides 6/10/2023).

(L.M.) (Fides 4/10/2024)

USA: Antisemitismus ist in den USA auf dem Vormarsch

Antisemitische Hassverbrechen 2023 um 63 Prozent angestiegen. Antisemitische Hassverbrechen 2023 um 63 Prozent angestiegen

In den USA sind Juden von allen Religionsgruppen am meisten bedroht. Das FBI verzeichnete im vergangenen Jahr mehr als 1.800 Vorfälle von antisemitischen Hassverbrechen.

Von Israelnetz / 4. Oktober 2024

WASHINGTON (inn) – Antisemitische Hassverbrechen in den Vereinigten Staaten sind im Jahr 2023 um 63 Prozent gestiegen. Die Behörden registrierten 1.833 Fälle. Das ist die höchste Zahl seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1991. Im Vorjahr waren es 1.122 Fälle.

Dies geht aus einem Bericht des „Federal Bureau of Investigation“ (FBI) hervor, der am Montag vergangener Woche veröffentlicht wurde. Demnach machten antisemitische Vorfälle im Jahr 2023 15 Prozent aller Hassverbrechen und 68 Prozent aller religiös motivierten Hassverbrechen aus. Obwohl nur etwa 2 Prozent der US-Bevölkerung Juden sind, waren sie von allen Religionsgruppen im Land am meisten angegriffen.

ADL bestätigt Anstieg von Antisemitismus

Weltweit zählt die Menschenrechtsorganisation „Anti-Defamation League“ (ADL) im Jahr 2023 insgesamt 8.873 antisemitische Vorfälle. Das ist ein Anstieg von 140 Prozent gegenüber dem Vorjahr und ebenfalls die höchste Zahl seit Beginn der Aufzeichnungen, in dem Fall im Jahr 1979. Gerade antisemitische Übergriffe nahmen 2023 zu: Es waren 45 Prozent mehr als im Vorjahr.

Der Anstieg antisemitischer Hassverbrechen ist auf den Terrorangriff der Hamas sowie den anhaltenden Gazakrieg zurückzuführen. „In einer Zeit, in der die jüdische Gemeinschaft immer noch unter dem starken Anstieg des Antisemitismus nach dem Hamas-Massaker in Israel am 7. Oktober leidet, stimmt die rekordverdächtige Zahl antijüdischer Hassverbrechen leider völlig mit den Erfahrungen der jüdischen Gemeinschaft und den Beobachtungen der ADL überein,“ sagte Jonathan Greenblatt, der ADL-Geschäftsführer, zum neuen Bericht des FBI. „Hassverbrechen sind in einzigartiger Weise schädlich und traumatisieren sowohl den Einzelnen als auch seine Gemeinschaft.“

Appell an US-Kongress

„Zwar ist es ermutigend, dass sich im Jahr 2023 mehr Strafverfolgungsbehörden an der Meldung von Daten zu Hassverbrechen beteiligen. Aber wir haben noch einen langen Weg vor uns, um eine umfassende Datenerhebung sicherzustellen, die ein genaueres Bild der Erfahrungen der Zielgemeinschaften im ganzen Land liefert“, fügte Greenblatt hinzu. „Daten bestimmen die Politik, und ohne ein umfassendes Verständnis des Problems können wir diesen erheblichen Anstieg der Hassgewalt nicht wirksam bekämpfen.“

Nicht nur die ADL, sondern auch die Organisation „American Jewish Committee“ (AJC) forderte die Gesetzgeber des US-Kongresses auf, den „Enhanced Reporting to Prevent Hate Act“ („Gesetz über verbesserte Berichterstattung zur Verhinderung von Hass“) zu verabschieden, der die Strafverfolgungsbehörden zur Berichterstattung von Hassverbrechen an das FBI verpflichtet. Außerdem sollten sie das Gesetz zur Bekämpfung von Antisemitismus verabschieden. Damit werde sichergestellt, „dass die Richtlinien und die Infrastruktur der von der Biden-Regierung im Mai 2023 vorgelegten nationalen US-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus“ dauerhaft gelten.

Zentralasien: 16-jähriger Christ von College verwiesen

Gespräche über seinen christlichen Glauben wurden Alim zum Verhängnis

(Open Doors, Kelkheim) – „Illegale religiöse Aktivitäten“ – Alim* hatte Mühe nachzuvollziehen, was ihm der Direktor seines Colleges da vorwarf. Doch seine Zukunft am College, das der 16-jährige Christ erst seit Kurzem besuchte, schien plötzlich ungewiss. Und es blieb nicht bei dem Gespräch: Nachdem auch seine Eltern zur Befragung gebeten worden waren, wurde Alim des Colleges verwiesen. Das alles hatte nur einen Grund: Alim folgt Jesus und ist nicht bereit, seinen Glauben zu verschweigen. Er braucht nun unser Gebet.

Im Vordergrund Hinterkopf eines Jugendlichen Im Hintergrund unscharf Jugendliche an einem Tisch Jugendliche bei einem christlichen Sommercamp in Zentralasien (Symbolbild)

Unerwartete Vorwürfe

Alim und seine Eltern leben in einem muslimisch geprägten Land Zentralasiens, das aus Sicherheitsgründen ungenannt bleiben muss. Seine Eltern kamen bereits vor vielen Jahren zum christlichen Glauben und leiten bis heute eine Hauskirche in ihrem Dorf. Dadurch hörte Alim schon früh von Jesus und beschloss, ihm ebenfalls nachzufolgen. Gleichzeitig erlebte er, dass eine solche Entscheidung unangenehme Konsequenzen haben kann. Ihre muslimischen Verwandten, Nachbarn und andere Dorfbewohner begegneten den Christen mit Ablehnung bis hin zu offenem Hass.

In diesem Jahr machte Alim seinen Schulabschluss und schrieb sich bei einem College in der nächstgelegenen Stadt ein. Schon zu Beginn seines Studiums fragten ihn seine Mitsudenten, warum er nicht an den obligatorischen muslimischen Gebetszeiten teilnahm. Daraufhin erzählte Alim von seinem Glauben. Die anderen Schüler reagierten zunächst neugierig und stellten ihm viele Fragen, die Alim gern beantwortete.

Einige Tage später war die Nachricht von dem christlichen Schüler bis zum Direktor des Colleges durchgedrungen. Er ließ Alim in sein Büro rufen, schimpfte ihn aus und beschuldigte Alim, an der Schule verbotenerweise zu evangelisieren. Alim versuchte, sich gegen die Vorwürfe zu wehren: Er habe nicht versucht, irgendjemanden zu bekehren, sondern lediglich die Fragen seiner Mitschüler beantwortet. Doch der Direktor blieb bei seiner Haltung und teilte allen Lehrern mit, dass Alim kein Muslim sei und den Koran ablehne. Außerdem bestand er darauf, dass Alims Eltern zu einem persönlichen Gespräch anreisen. Als sie sich eingefunden hatten, konfrontierte er auch sie mit den Vorwürfen gegen Alim und drohte, die Polizei über seine „illegalen religiösen Aktivitäten“ zu informieren.

Gott öffnet neue Türen

Ab diesem Zeitpunkt wurde es für Alim sehr schwierig, am College zu sein. Der Druck von muslimischen Mitschülern, Lehrern und dem Direktor nahm von Tag zu Tag zu. Der junge Mann geriet durch die Situation so sehr unter Druck, dass es fast unmöglich wurde, seine Ausbildung fortzusetzen. Schließlich machten sich Alims Eltern erneut auf den Weg in die Stadt und holten ihn von der Schule ab. Kurz darauf wurde er offiziell von der Schule verwiesen. Trotz aller Schwierigkeiten traf der Ausschluss Alim tief, denn er war hochmotiviert zu studieren.

In dieser Situation begleitet ein Pastor aus einer nahegelegenen Stadt Alim und seine Eltern. Er hatte von ihren Schwierigkeiten gehört und erkundigte sich in einem Telefonat nach dem aktuellen Stand der Dinge. Dabei lud er sie auch zu einem persönlichen Treffen ein, um sie zu ermutigen. Zu dritt folgte die Familie der Einladung und betete gemeinsam mit dem Pastor um Gottes Leitung sowie eine Möglichkeit für Alim, sein Studium fortzusetzen. Tatsächlich fanden sie wenig später ein passendes College, das allerdings weit von ihrem Dorf entfernt ist. In diesen Tagen nimmt Alim sein Studium dort auf. Seine Familie bittet um unser Gebet.

*Name geändert

Quelle: Open Doors Deutschland (09.10.2024)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/zentralasien-16-jaehriger-christ-von-college-verwiesen?pk_campaign=GM&pk_kwd=20241009

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]